

Infoparlament

NEUE EUROPÄISCHE BEWEGUNG SCHWEIZ FRÜHJAHRSSSESSION 2019

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (NebS) freut sich, Ihnen mit diesem Infoparlament eine Übersicht der europapolitischen Vorlagen der Frühjahrsession des National- und Ständerats zu verschaffen. Während dieser Session werden einige wichtige aussenpolitische Entscheide zum Verhältnis der Schweiz zur Europäischen Union getroffen.



Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) freut sich, Ihnen die wichtigsten europapolitischen Fragen der Frühjahrsession 2019 vorstellen zu dürfen.

Die Diskussionen über die sogenannte „Kohäsionsmilliarde“, genauer über den „Rahmenkredit Migration; 2. Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten“ ([18.068](#)) sowie über die Botschaft des Bundesrats „Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der erweiterten EU; 2. Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten“. ([18.067](#))“ werden in dieser Session einen grossen Platz einnehmen. Es liegt nun an den Mitgliedern des Nationalrats, sich zu diesem Thema zu äussern, das für die Zukunft zwischen der Schweiz und der EU von grosser Bedeutung ist. Die Nebs empfiehlt, dass dieser zweite Schweizer Beitrag gesprochen wird. Auf diese Weise tragen wir zur Entwicklung und Festigung der Demokratie und zum Übergang zur sozialen Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa bei. Der Rahmenkredit zur Unterstützung der Migrationssteuerung in den besonders betroffenen Ländern ist aus Sicht der Nebs ebenfalls sehr relevant. Die beiden Beiträge sind im Interesse der Schweiz.

Ebenfalls in dieser Session traktandiert ist der Bericht des Bundesrats über die volkswirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen von Schengen/Dublin ([19.018](#)). Fazit: Das Schengen-Abkommen ist von grosser Wichtigkeit für die EU-Mitgliedstaaten und die Schweiz.

Die ausführlich kommentierten europapolitischen Geschäfte dieser Session finden Sie unten. Die Nebs wünscht allen Mitgliedern der Vereinigten Bundesversammlung einen guten Start in die Session.

KALENDER

NR: behandelt vom Nationalrat

SR: behandelt vom Ständerat

Hauptobjekte mit **fettem** Text gekennzeichnet

Erste Woche			Empfehlung
04/03/2019 14.30-19.00	NR	Sicherheit, Schutz und Dienstleistungen bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen. Übereinkommens des Europarats. (18.059)	Zustimmung
		Pa.Iv. Schneider-Schneiter. Tschüss Roaming-Insel Schweiz. Abschaffung zur Sicherung des Wirtschafts-, Handels- und Tourismusstandortes Schweiz. (17.457)	Zustimmung
04/03/2019 16.15-20.00	SR	Aussenwirtschaftspolitik 2018. Bericht. (19.008)	-
07/03/2019 08.15-13.00	SR	Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Verknüpfung der Emissionshandelssysteme. Genehmigung und Umsetzung (Änderung des CO2-Gesetzes). (17.073)	Keine Empfehlung

Zweite Woche			Empfehlung
13/03/2019 08.15-13.00	SR	Aussenpolititischer Bericht 2018. (19.009)	-
		Mo. Minder. Institutionelles Abkommen zwischen der Schweiz und der UE. Keine Unterzeichnung durch Bundesrat. (18.4165)	Ablehnung
		Ip. Vonlanthen. Verzögerung beim Rahmenabkommen und Schleichende Erosion des bilateralen Weges: Kosten und Alternativen? (18.4283)	-

		Po. Janiak. Verstärkte Regulierung der EU im Bereich der internationalen Rheinschifffahrt. Interessenwahrung der Schweiz. (18.3750)	-
--	--	---	---

Dritte Woche			Empfehlung
18/03/2019 14.30-19.00	NR	Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der erweiterten EU. 2. Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten. (18.067)	Zustimmung
		Asylgesetz. Änderung (Rahmenkredit; 2. Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten). (18.068)	Zustimmung
19/03/2019 08.15-13.00	SR	Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands. Übernahme der Rechtsgrundlagen zur Errichtung und Nutzung des Einreise- und Ausreisensystems EES. (18.087)	Zustimmung
21/03/2019 08.00-13.00, 15.00-19.00	NR	Aussenpolitischer Bericht 2018. (19.009)	-
		Die volkswirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Schengen-Assoziierung der Schweiz. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 15.3896 (Fraktion S). (19.018)	-
		Aussenwirtschaftspolitik 2018. Bericht. (19.008)	-
		Mo. Ständerat (Müller Philipp). Griffige und wirksame Umsetzung der Stellenmeldepflicht. (18.3407)	Keine Empfehlung
		Mo. Ständerat (Abat). Optimierung der Flankierenden Massnahmen. Änderung von Artikel 2 des Entsendegesetzes. (18.3473)	Ablehnung

22/03/2019 08.00- 11.00	NR	Kt.Iv. Systematische Vorlage des Strafregisterauszugs bei der Beantragung von Aufenthaltsbewilligungen durch EU-Bürgerinnen und –Bürger (1). (15.320)	Ablehnung
		Kt.Iv. Systematische Vorlage des Strafregisterauszugs bei der Beantragung von Aufenthaltsbewilligungen durch EU-Bürgerinnen und –Bürger (2). (15.321)	Ablehnung

WICHTIGE GESCHÄFTE

Nationalrat

Wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten in der erweiterten EU. 2. Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten. ([18.067](#))

Montag, 18. März 2019, 14.30-19.00 Uhr

Status: Behandelt vom Ständerat

Text: «Mit der vorliegenden Botschaft beantragt der Bundesrat zwei Bundesbeschlüsse. In einem ersten Beschluss sind zugunsten der 13 Länder, welche der EU seit 2004 beigetreten sind (EU-13), 1046,9 Millionen Franken vorgesehen zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten (Rahmenkredit Kohäsion). Gestützt auf einen zweiten Bundesbeschluss sollen 190 Millionen Franken auch in EU-Ländern ausserhalb der EU-13 für Massnahmen im Bereich Migration eingesetzt werden (Rahmenkredit Migration). Beide Rahmenkredite bilden, zusammen mit dem entsprechenden Eigenaufwand der Bundesverwaltung von 65,1 Millionen Franken, den zweiten Beitrag der Schweiz an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten im Betrag von 1302 Millionen Franken über 10 Jahre.»

Asylgesetz. Änderung (Rahmenkredit Migration; 2. Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten). ([18.068](#))

Montag, 18. März 2019, 14.30-19.00 Uhr

Status: Behandelt vom Ständerat

Text: «Mit der vorliegenden Revision des Asylgesetzes soll der Bundesrat die Kompetenz erhalten, zur Umsetzung des Rahmenkredits Migration völkerrechtliche Verträge über die Ausrichtung von Beiträgen an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten oder an internationale Organisationen abzuschliessen. Diese Kompetenzdelegation erfolgt im Zusammenhang mit dem Rahmenkredit Migration des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten.»

Kommentar zu beiden Geschäften: *Die Nebs befürwortet die Bereitstellung eines zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte Staaten der EU. Die Schweiz leistet damit ihren Beitrag zur Weiterentwicklung und Festigung der Demokratie sowie beim Übergang zur sozialen Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa. Die gewählten*

Schwerpunktthemen Bildung und Migration erscheinen uns sinnvoll, ermöglichen sie damit doch unzähligen Menschen eine Zukunft in Würde und Sicherheit. Dazu gehört der Rahmenkredit für die Unterstützung des Migrationsmanagement in Staaten, welche besonders von Migration betroffen sind. Konkrete Ziele entsprechender Programme werden effizientere Asylverfahren sowie die Verbesserung der Verfahren zur Aufnahme von Schutzsuchenden und zur Rückkehr sein. Wir möchten betonen, dass dieser zweite Beitrag an ausgewählte Mitgliedstaaten kein Geschenk der Schweiz ist, sondern in ihrem ureigenen Interesse steht: Wir beteiligen uns damit an der Weiterentwicklung des Binnenmarktes, zu welchem wir Zugang wollen und brauchen und von welchem wir massiv profitieren. Diese Unterstützungszahlungen dienen damit direkt den Zielen der schweizerischen Aussenpolitik und sollten daher ohne Aufschub vollzogen werden. Eine Verzögerung oder Nichtzahlung wäre nicht in unserem Sinn.

Die volkswirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Schengen-Assoziierung der Schweiz. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 15.3896 (Fraktion S).

Donnerstag, 21. März 2019, 08.00-13.00 Uhr, 15.00-19.00 Uhr

Status: Im Rat noch nicht behandelt

Text: «Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 21. Februar 2018 einen Bericht über die volkswirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen von Schengen/Dublin verabschiedet. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Bilanz der Schweizer Teilnahme an Schengen/Dublin sowohl aus volkswirtschaftlicher wie auch aus finanzieller Perspektive positiv ausfällt: Das Schengen-Visum sowie die Erleichterung des Reiseverkehrs durch den Verzicht auf systematische Grenzkontrollen an den Binnengrenzen sind von grosser Bedeutung für die Schweizer Volkswirtschaft, insbesondere für die Grenzregionen und den Tourismussektor. Aufgrund der durch Dublin ermöglichten Einsparungen im Asylbereich fällt zudem auch die finanzielle Bilanz von Schengen/Dublin positiv aus.»

Kommentar: *Die Nebs schliesst sich der Beurteilung des Bundesrats an und betont die Wichtigkeit des Schengen-Abkommens für die EU-Mitgliedstaaten und die Schweiz. Grundidee des Schengen-Abkommens ist es, den Reiseverkehr innerhalb des Schengen- Raumes mit seinen rund 420 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern ohne Sicherheitseinbussen zu vereinfachen. Die Personenkontrollen zwischen den Schengen-Staaten, d.h. an den Binnengrenzen, wurden damit grundsätzlich aufgehoben, was zu einer massiv erleichterten Mobilität für Menschen und Güter geführt hat. Gleichzeitig wurden Massnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit ergriffen, welche sich bis heute sehr bewährt haben. Insbesondere das Schengener Informationssystem (SIS) hat sich dabei wichtig und effizient erwiesen. Es versorgt die nationalen Sicherheitsbehörden mit den aktuellsten Informationen über polizeilich gesuchte, vermisste oder mit einem Einreiseverbot belegte Personen sowie über gestohlene Sachen (z.B. Fahrzeuge oder Ausweise). Das SIS ist mittlerweile zum zentralen Fahndungsinstrument im Schengen-Raum geworden. Ohne dieses wären die Schweizer Polizeikräfte „blind“.*

Ständerat

Mo. Minder. Institutionelles Abkommen zwischen der Schweiz und der UE. Keine Unterzeichnung durch Bundesrat. ([18.4165](#))

Mittwoch, 13. März 2019, 08.15-13.00 Uhr

Status: Im Rat noch nicht behandelt

Text: «Der Bundesrat wird beauftragt, das verhandelte institutionelle Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (Accord facilitant les relations bilatérales entre l'Union européenne et la Confédération Suisse dans les parties du marché intérieur auxquelles la suisse participe; InstA) weder zu paraphieren noch zu unterzeichnen.»

Kommentar: *Die Nebs unterstützt das ausgehandelte institutionelle Rahmenabkommen, weil es im Interesse der Schweiz ist. Zu begrüssen sind insbesondere die Mitsprachemöglichkeiten, das sogenannte "decision shaping", und die durch das Abkommen erreichte Sicherstellung des Zugangs zum Binnenmarkt. Die Nebs anerkennt die geäusserten Befürchtungen verschiedener Akteure, zum Beispiel im Bereich der flankierenden Massnahmen, und fordert die betroffenen Akteure auf, diesbezüglich innenpolitische Lösungen zu finden. Die Nebs empfiehlt die Motion Minder zur Ablehnung. Im Weiteren fordert die Nebs den Bundesrat auf, endlich Verantwortung und Leadership zu übernehmen und das Verhandlungsergebnis zum institutionellen Rahmenabkommen zu unterzeichnen. Es ist an der Zeit, dass der Bundesrat den Weg frei macht für eine offene Diskussion in Parlament und Bevölkerung. Es ist am Bundesrat, einen internen Konsens zu erarbeiten und aussenpolitische Lösungen zu finden. In der aktuellen Situation brauchen wir eine intensive und ehrliche Auseinandersetzung über die Frage, wie die Schweiz ihre Beziehungen zur EU regeln will. Die Weiterentwicklung der europäischen Integration der Schweiz durch den Bilateralen Weg ist eine Lösung, welche die Nebs mitgetragen hat und mittragen wird, sollte damit eine grössere Integration möglich gemacht werden. Gleichzeitig fordert sie, dass ohne Scheuklappen über die Option eines Beitritts der Schweiz zur EU gesprochen wird.*

Kontakt und Informationen



Martin Naef
Co-Präsident der Nebs
martin.naef@europa.ch



François Cherix
Co-Präsident der Nebs
francois.cherix@europa.ch



Lukas Wegmüller
Generalsekretär
der Nebs
Tel. 031 302 35 36
lukas.wegmueller@europa.ch



Raphaël Bez
Generalsekretär
der Nebs
Tel. 031 302 35 36
raphael.bez@europa.ch

Neue Europäische Bewegung Schweiz

Scheibenstrasse 29, PF 481

3000 Bern 22

Tel. 031 302 35 36

www.europa.ch

